Schwerter Zeitung

Regelmäßige Beilagen: Schwerter Hausfrau und Mutter. Aus dem Reiche der Mode. Heimatblätter. 2 lustige Blätter. Kinderzeitung: Unser Blatt. 2 Unterhaltungs- u. Romanbeilagen. 2 Spiel, Sport und Turnen. 2 Sonntagsbl. Kunst u. Wissen. 2 Gartenarbeitsbeilagen.

Verbunden mit Schwerter Tageblatt und Anzeiger — Schwerter Volkszeitung — Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Wetterauer Zeitung — Hattinger Zeitung — Langendreer Zeitung — Wittenberger Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich in Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Brune, Schwerte, Ruhr. Adr.: Brune, Schwerte Ruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2858. Verantwortliche Schriftleitung: Paul Richter, Schwerte.

Nr. 276 — Freitag, 24. November 1922 — 55. Jahrgang

Zum Geleit.

Zur Meisterschaft gehört Mut. Wenn dir ein Gang oder eine Aufgabe sauer wird, so packe sie erst recht an! Es ist untapfer und unvornehm solche Dinge auf andere abzuschieben. Das Bequeme laß dem Schwächling; das Unbequeme halte dir selber vor! Gehst du mit solcher Gesinnung ans Werk, so wird es gesegnet sein.

Friedrich Lienhard.

Neueste politische Nachrichten.

Im Reichsfinanzministerium wurde sowohl über die Festsetzung der Staatsarbeiterlöhne wie über die Erhöhung der Zulagen für die Beamten eine Einigung erzielt.

*

Auf Seiten des christlichen Bergarbeiterverbandes teilt man nicht die Absicht, die auf eine Kündigung des Ueberschichtenwesens hinzielt.

*

Der vom 16.—18. November in Berlin versammelte deutsche evangel. Kirchenausschuß wendet sich an die evangel. Kirche des Auslandes in einem Schreiben, in dem er nachdrücklich seine Stimme erhebt gegen das Unrecht und die Unwahrheit des Versailler Friedens.

*

Clemenceau erklärte am Dienstag in einer Rede in New-York, er habe in Versailles den Rhein als Grenze haben wollen, aber Lloyd George habe ihm andere Bürgschaften versprochen.

*

Nach dem endgültigen Wahlergebnis setzt sich das neue engl. Unterhaus zusammen aus 346 Konservativen, 142 Arbeiterparteilern, 58 Asquith-Liberalen, 57 Lloyd George-Liberalen und 12 Unabhängigen.

*

Die Wahl Macgonals zum Führer der Arbeiterpartei erfolgte mit 61 gegen 56 Stimmen. Der bisherige Arbeiterführer Clynes wurde zum stellv. Vorsitzenden gewählt.

*

Asquith wurde zum Leiter der unabhängigen Liberalen gewählt.

*

Die Spaltung in der Bayrischen Mittelpartei vollzieht sich so, daß Franken und Schwaben zur Parteileitung halten gegen die besonders aus Südbayern zusammengesetze Sezession, die sich Dienstag abend nach einem Vortrag des Reichstagsabg. v. Gräfe in München gründen will.

*

In Berlin ist eine völkische „Großdeutsche Arbeiterpartei" gegründet worden.

Verständigung Berlin-Paris?

Vor zwei Jahren, als Lloyd George wieder einmal vergeblich mit seinem französischen Kollegen Briand über die Reparationsfrage gesprochen hatte, machte er den Vorschlag, Deutschland solle versuchen, sich mit Frankreich direkt zu verständigen. Daraus ist nichts geworden und der frühere englische Ministerpräsident ist auch nicht auf seine Anregung zurückgekommen. Angesichts der bevorstehenden Finanzkonferenz von Brüssel mit ihren zweifelhaften Aussichten, taucht nach langer Pause jetzt wieder der Gedanke auf, ob nicht eine unmittelbare gütliche Auseinandersetzung zwischen Berlin und Paris zu erzielen sei.

In seiner letzten Rede in der Deputiertenkammer sagte Poincaree, wenn die Brüsseler Konferenz Frankreich nicht zu seinem Rechte verhelfe, werde dies allein dafür sorgen müssen. Er bestreitet, daß er Deutschland versklaven wolle, gibt auch zu, daß wir zurzeit nicht zahlen können, verlangt aber Pfänder für die uns zu gewährende Zahlungsstundung. Glaubt der französische Ministerpräsident wirklich, daß Pfänder gegen Deutschland Garantie dafür geben, daß der Rückgang des Frankenkurses, der den Franzosen neulich sehr bedenklich auf die Nerven fiel, nicht wieder einsetzen kann? Sachverständige haben es oft genug gesagt, daß jede weitere Verschlechterung der Mark den Franken mitreißt. Die von Poincaree verlangten Pfänder bedeuten also keine Stützung der französischen Valuta, da sie eine Schwächung des deutschen Kredits mit sich bringen müssen, denn wertlose Objekte wird die französische Regierung nicht als Pfand beanspruchen.

Poincaree rechnet nach dem Wortlaut seiner Rede mit der Möglichkeit, ja mit der Wahrscheinlichkeit, daß die Konferenz von Brüssel nicht in vollem Umfange bewilligt, was er fordert. Er hat die Bedenken Englands und Italiens gegen sich, und das Wort des italienischen Kabinettschefs Mussolini, Verträge, „die unsinnig geworden sind, müssen abgeändert werden", wird ihm schwerlich gefallen haben. Auch die Nordamerikanischen Bankiers halten es nicht für angebracht, daß das Vertrauen der Welt gegen Deutschland durch die französischen Passionen noch weiter herabgedrückt werde, als es schon heute der Fall ist.

Soviel hat Poincaree schon selbst eingesehen, daß die Reparationszahlung eine Sache der Zahlungsmöglichkeit ist, die heute nicht zu bewerkstelligen ist. Bleiben die Pfänder für das Moratorium, die keine Rechtssache darstellen, sondern politische Hintergedanken bedeuten. Sobald diese Hintergedanken entfernt sind, ist die Verständigung in der Hauptsache erzielt. Denn wenn die Zeit der Zahlungsstundung vorüber ist, läßt sich über die Höhe der Reparationszahlung ganz anders reden, wie heute.

Die Vorstellung der neuen Herren.

Auf der vom Reichskanzler Cuno zusammengestellten Ministerliste stehen auch eine ganze Reihe von Namen, deren Träger bisher noch nicht in allen Teilen des Reiches bekannt oder öffentlich stark hervorgetreten sind. Somit stellen wir in nachfolgenden Zeilen unseren Lesern die betreffenden Herren entsprechend vor:

Der neue Außenminister Dr. v. Rosenberg, der im 48. Lebensjahre steht, ist seit Dezember 1921 Geandter in Kopenhagen, nachdem er das Reich seit 1920 in Wien vertreten hatte. Im Jahre 1905 war er Vizekonsul in Antwerpen, 1906 berief man ihn ins Auswärtige Amt zurück, wo er zunächst in der Rechts-, darauf in der politischen Abteilung tätig war. Im Jahre 1907 wurde er Legationsrat, 1912 Vortragender Rat. Im Jahre 1917 erhielt er den Gesandtentitel.

Rudolf Oeser wurde am 13. 11. 1858 in Coswig geb. Er war lange Zeit Redakteur an der Frankfurter Zeitung und später an der Ostseezeitung. Oeser ist Mitglied der demokratischen Landtagsfraktion. Er gehörte bis April 1920 der preußischen Regierung als Minister für öffentliche Arbeiten an. Im November 1920 wurde er als Kandidat für den Posten des preußischen Ministerpräsidenten genannt. Im April 1921 wurde er mit den Stimmen des Zentrums, der Demokraten, der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zum Landeshauptmann der Provinz Sachsen gewählt.

Dr. Becker (Hessen) war früher hessischer Finanzminister und ist zweifellos ein ungewöhnlich guter Finanz- und wirtschaftspolitischer Kenner. Aber ein Mann von starker Eigenart. Man darf ihn dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei zuzählen.

Müller (Bonn) ist noch politisch unbekannt. Als Direktor der rheinischen Bauernkammer kennt er sich in den agrarischen Verhältnissen genau aus und dürfte dem Zentrum nahestehen.

Stingl, der die Leitung der Post übernimmt, kommt aus dem bayerischen Staatsdienst, wo er vor der Verreichlichung, Unterstaatssekretär des Verkehrsministeriums war. Ihm geht der Ruf eines korrekten Beamten mit großen Fachkenntnissen voraus.

Dr. Albert, der an die Spitze des Schatzministeriums tritt, ist in der Welt viel herumgekommen. Unter anderem war er Reichskommissar für die Weltausstellung in San Francisco. Nach der Revolution war er Chef der Reichskanzlei und schied aus diesem Posten erst, als Dr. Wirth das Reichskanzleramt übernahm.

Eine gewandte und vielseitige Erscheinung ist Hamm, Mitglied der demokratischen Reichstagsfraktion, kommt aus der Justiz, war eine Zeit lang Staatsanwalt in München und wurde von den bayerischen Demokraten als Handelsminister in das Kabinett Kahr delegiert. Auch ihm fällt in dem neuen Kabinett, als Adlatus des Reichskanzlers, eine besondere politische Rolle zu.

Dr. Brandt endlich, der an die Stelle Dr. Hirschs als Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums tritt, war ursprünglich Syndikus der Düsseldorfer Handelskammer, hat sich wiederholt in demokratischem Sinne publizistisch betätigt und wurde vor nicht langer Zeit als Nachfolger Dr. Soetbeers auf den Posten eines Syndikus des deutschen Industrie- und Handelstages nach Berlin berufen.

Der Reichspräsident an Dr. Wirth.

Der Reichspräsident richtete an Dr. Wirth bei seinem Scheiden aus seinen Aemtern folgendes Schreiben:

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Die politische Lage veranlaßte Sie, um Enthebung von Ihren Aemtern nachzusuchen. Wenn ich Ihrem Wunsche in dem beigefügten Erlasse entspreche, so tue ich es mit dem Gefühle aufrichtigen Bedauerns über Ihr Scheiden und dankbarer Anerkennung Ihrer Verdienste um das Reich. Sie haben in parlamentarischer Tätigkeit und als Finanzminister unseres gemeinsamen Vaterlandes sich bewährt, in schwerer Zeit als Reichsfinanzminister und dann als Reichskanzler dem Vaterlande große Dienste geleistet und an der Spitze der Regierung in schwerer Zeit zielbewußt und tatkräftig die innere und äußere Politik des Reiches geleitet. Ernste Stunden, die an Ihre Entschlossenheit und Umsicht die höchsten Forderungen stellten, sind Ihnen nicht erspart geblieben.

Das deutsche Volk wird Ihnen für das, was Sie ihm in diesen Jahren mühevollen und entsagungsreichen Wiederaufbaues gewesen sind, Dank wissen. Ich drücke die zuversichtliche Hoffnung aus, daß Ihre Arbeitsfreudigkeit und politischen Gaben auch weiterhin ein reiches Feld der Betätigung finden mögen und verbinde mit der Zuversicht meine ausgezeichneten Hochachtung.

Ihr ergebener Ebert.

*

Der Gesandte von Rosenberg
ist gestern spät abends in Berlin eingetroffen. Seine Ernennung zum Außenminister ist erfolgt.

*

Cunos Antrittsbesuch.

TU. Berlin, 24. Nov. Der Reichskanzler Cuno stattete, wie das „B. T." mitteilt, heute vormittag dem Reichstagspräsidenten Loebe und dem Präsidenten des Preußischen Landtages Leinert Besuche ab. Ueber die parlamentarische Behandlung der Regierungserklärung wird der Aeltestenrat beschließen.

Die Haltung der Sozialdemokraten.

TU. Berlin, 24. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm gestern in mehrstündiger Sitzung zu dem Kabinett Cuno Stellung. Die Zusammensetzung des Kabinetts erregte allgemeines Mißtrauen, sodaß es ganz ausgeschlossen ist daß die Fraktion einer positiven Vertrauensformel zustimmt. Die endgültige Beschlußfassung über die Haltung der Fraktion gegenüber dem neuen Kabinett wird Freitag erfolgen, nachdem die Regierungserklärung bekannt gegeben worden ist.

Die Hamburger Handelskammer gratuliert.

TU. Hamburg, 24. Nov. Die Handelskammer sandte dem Reichskanzler Dr. Cuno anläßlich seiner Ernennung folgendes Telegramm:

Hocherfreut über Ihre Ernennung. Alles spricht dafür, daß in Reichspolitik hinfort wirtschaftliche Belange hinreichend beachtet werden sollen. Handelskammer wünscht Ihnen gesegnete und erfolgreiche Amtsführung.

Handelskammer Hamburg.

*

Einhundertzwanzig Paragraphen.

Reichstags-Sitzung vom 23 November.

Das Haus setzt die Geschäftsordnungserörterung fort. Zunächst wird der Antrag der Linksparteien, der die Unterstützung der Zahl der Abgeordneten für große Anfragen von 30 auf 15 herabgesetzt haben will, gegen die Stimmen der Linksparteien abgelehnt. Der gleiche Antrag für die Unterstützung der kleinen Anfragen, dagegen wird mit großer Mehrheit angenommen. An die weiteren Bestimmungen der insgesamt 120 Paragraphen umfassenden Geschäftsordnungsdebatte knüpft sich eine sehr eingehende Aussprache, in welcher die Ausschußfassung von dem Abg. Ledebour (US.) und den Kommunisten scharf kritisiert wird.

Um 7 Uhr vertagt sich das Haus auf morgen nachmittag 1 Uhr zur Entgegennahme der Regierungserklärung.

Berliner Schulsorgen.

Sitzung des Preuß. Landtages am 23. November

Auf der Tagesordnung stehen die Anfragen der Sozialdemokraten wegen Nichtbestätigung von 12 Berliner Gemeindeschulrektoren durch das Provinzialschulkollegium und die kommunistische Anfrage über die Nichtbestätigung der Wahl des kommunistischen Studienrates Dr. Lier zum Direktor einer Berliner Realschule.

Abg. Leid (S.) und Abg. Scholem (K.) begründen beide Anfragen. Beide kommen zu dem Schluß, daß es sich bei der Nichtbestätigung um eine Verkümmerung des kommunalen Selbstverwaltungsrechtes handele.

Minister Boelitz erwidert, daß er, solange das neue Reichsschulgesetz nicht erlassen sei, an die Bestimmungen der Rechtslage sich halten müsse.

Nachdem die Abgg. Schwarzhaupt (D. V.) und Lukassowitz (D.-N.) für den Standpunkt des Ministers eintreten und der Abg. Balke (S.) dem Minister widerspricht, vertagt sich das Haus gegen 6 Uhr auf Freitag mittag 12 Uhr.

Brief von Hugo Stinnes.

Die „Neue Westf. Volkszeitung" bringt den nachfolgenden Brief, den Stinnes einem befreundeten Publizisten geschickt hat. Der Brief enthält die Hauptgedanken der Rede, die Stinnes neulich im Reichswirtschaftsrat gehalten hat und die wir nicht in ihrem Wortlaut bringen konnten. Ob ihm das Kunststück gelingen wird, die Franzosen zu der von ihm gewünschten Einsicht zu bringen, davon wird sehr viel abhängen. Unsere Wünsche begleiten ihn, unsere Hoffnung ist nicht groß. Der Auszug aus dem Briefe lautet:

„Ich bin überzeugt, daß nun in Deutschland ein großes Zeitungs- und Zeitschriftensterben unvermeidlich ist, aber das Wertvolle wird bleiben oder wiederkommen, nachdem sich das Volk mehr daran gewöhnt hat, daß auch geistige Nahrung einen bestimmten Geldwert haben muß.

Ich bin mir über den zu beschreitenden Weg im Laufe der letzten Jahre ganz klar geworden. Zuerst muß man in Deutschland viel mehr und produktiver arbeiten, wie bisher. Das wird man beim deutschen Volk nach meiner Meinung erreichen, wenn es heißt, daß es dadurch alsbald ein freies Land schaffen wird. Die Kunst muß sein, die Franzosen davon zu überzeugen, daß ohne dies Ideal der Deutsche nicht an die Arbeit zu bekommen ist.

Die Reform muß sorgen, daß allmählich die Ueberarbeit wieder abgebaut werden kann. Der Achtstundentag muß für wirkliche Arbeit richtig bleiben; korrigiert für die zahllosen Berufe, in denen Arbeitsbereitschaft mit Arbeit verwechselt wird.

Grundsätzlich muß verlangt werden, daß bei solcher Arbeit der Deutsche gerade so gut lebt und verdient, wie irgendein Europäer. Ohne eine solche Lebenshaltung hört auch der Güteraustausch mit den jungen aufstrebenden Ländern auf, mit denen wir wieder hochkommen müssen.

Ob das Ziel erreichbar ist, hängt zum größten Teil von dem Vertrauen in die Fähigkeit und Zuverlässigkeit der handelnden Deutschen ab.

Voraussetzung weiteren Fortschrittes und Gesundung ist die Herstellung der Meistbegünstigung in aller Welt, die die Zwangswirtschaft in jeder Form, auch in Einfuhr- und Ausfuhr überflüssig macht. Mit Zwangswirtschaft gibt es keine wirkliche Produktivität. Sobald das erreicht ist, muß die Valuta schnellstens stabilisiert werden unter Ausschaltung auch nur der geringsten Spekulationsmöglichkeit ungefähr auf den Stand, auf dem die mangelhafte Produktivität und die Abzahlungen der Entente die Mark getrieben haben. Anderenfalls zahlen wir durch ein Aufkaufen der Mark seitens des Auslandes eine unerträgliche Kriegsentschädigung an dieses. Eine zu hohe Stabilisierung der Mark würde uns sofort in Lohnkämpfe treiben und die Stabilisierung aufs Aeußerste gefährden.

Deutschland muß ein sehr stark entschuldeter Staat werden, denn was die anderen Staaten zur Erhaltung der Rentner, Witwen und Waisen tun durch Zahlung der Zinsen auf Staatspapiere usw. muß Deutschland für Jahre in Gestalt von Renten tun. Man kann nicht Millionen namentlich der Intelligenz sterben lassen, nachdem man sie vorher um ihre Ersparnisse betrogen hat."

Aus Stadt und Land.

Schwerte, 24. Nov.

Erinnerungen.

1888: Eröffnung der ersten Eisenbahn in China.
1890: Thronbesteigung der Königin Wilhelmina von Holland unter der Regentschaft ihrer Mutter.

*

Die unhaltbaren Zustände in der Milchversorgung können unmöglich noch lange andauern. Die Kinder und Kranken verkommen, da sie nicht genug Milch erhalten. Da ist es erfreulich, daß, wenn auch bereits etwas spät, die Zentrumsabgeordneten Tremmel, Hörner, Dr. Fortmann, Frau Teusch und Schwarz-Hessen an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet haben:

„Aus den Städten, namentlich aus dem Industriegebiet des Westens, kommt die Nachricht, daß in der Milchversorgung außerordentliche Schwierigkeiten sich geltend machen. Obschon der Milchkonsum infolge der hohen Milchpreise ganz erheblich zurückgegangen ist, wird selbst dieses geringe noch notwendige Quantum den Städten nicht angeliefert. Die Ursache ist neben anderen wirtschaftlichen Gründen in der anormalen Spannung zwischen Milch- und Butterpreis zu suchen. Die ungeregelte Verbutterung hat weitesten Umfang angenommen. Es ist festgestellt, daß im letzten Jahre mehr Hand-Zentrifugen gekauft worden sind als in den vorhergehenden Jahren zusammengenommen. Demgegenüber genügt es nicht, die Butterauktionen zu inhibieren und den Buttermarkt zu kontrollieren. Durchgreifende Maßnahmen sind nötig, wenn der städtischen Bevölkerung in den Wintermonaten ein Mindestmaß an Milch bereitgestellt werden soll. Wir fragen die Reichsregierung, ob ihr diese Tatsachen bekannt sind und ob sie gewillt ist, diesem unhaltbar gewordenen Zustand ein Ende zu machen."

Hoffentlich bleibt es nicht bei dieser Anfrage. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung steigert sich besorgniserregend, wenn in der Milchversorgung nicht bald wieder erträgliche Zustände geschaffen werden.

*

** **Die Industrie zehrt von alten Aufträgen.** Der Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie ist im Oktober im großen und ganzen nicht wesentlich von dem früheren Stand zurückgewichen. Arbeitszeitverkürzungen und Arbeiterentlassungen waren nur in einzelnen mittleren und kleineren Betrieben nicht zu vermeiden. Für 1 460 000 Beschäftigte ergab sich ein Rückgang der gut oder befriedigend arbeitenden Industrie von 84 Proz. im September auf 82 Prozent im Oktober. Die Schwierigkeiten infolge des Marksturzes wurden im allgemeinen überwunden, trotz Kapitalnot, Erschwerung der Rohstoffversorgung und Behinderung des Zukaufs ausländischen Brennstoffes, den gerade die wichtigsten Industrien brauchen. Der Marksturz hat aber den Eingang neuer Aufträge nur an den Tagen belebt, an denen die Markentwertung besonders groß war. Beschäftigung boten aber ältere Aufträge.

** **Ergänzungswahlen zur Handelskammer.** Wie aus der im Anzeigenteil veröffentlichten Bekanntmachung der Handelskammer zu Dortmund ersichtlich ist, finden demnächst Ergänzungswahlen der Mitglieder der Handelskammer statt. Die Wahllisten liegen vom 23. November bis 30. November 1922 einschließlich auf der Geschäftsstelle der Handelskammer zu Dortmund, am Spitthof 4, auf. Den Wahlberechtigten Firmen wird dringend empfohlen, die Listen auf ihre Vollständigkeit hin zu prüfen.

** **Ueber Mieterschutz** wird jetzt im Reichstage beraten. Wichtiger, und überhaupt das Wichtigste für alle Verhältnisse in jedem Hause ist die Einigkeit zwischen Mietern und Vermietern. Diese Einsicht sollte jetzt, nachdem die gesetzliche Miete in voller Geltung ist, auf beiden Seiten vorhanden sein. Es liegt im Interesse der zu den Unkosten mit herangezogenen Mieter, die Hausräume nach Möglichkeit zu schonen, denn die Wiederherstellung kostet schließlich ihr eigenes Geld, und der Vermieter hat allen Anlaß, sparsamen Mietern dankbar zu sein. Dieses gemeinsame Interesse äußert sich auf Schritt und Tritt, denn ist erst eine Nachlässigkeit in der Hauswirtschaft eingerissen, so wachsen die Unkosten unaufhörlich. Ruhe und Mäßigung führen zum Einverständnis, und damit geht alles von selbst. Die neue gesetzliche Miete hat auch vielfach die dornige Frage des Straßenkehrens gelöst, für das mitunter keine Personen zu haben waren. Jetzt, da auch diese Gebühren „umgelegt" werden, haben sich häufig Mieter bereit erklärt, die Ausübung der Kehrpflicht zu übernehmen. Ein Zwang dafür liegt natürlich nicht vor, solche Angelegenheiten beruhen auf gütlicher Vereinbarung.

** **Die Zuckermarken** werden laut amtlicher Bekanntmachung ab Montag ausgegeben.

** **Ein Gesetz über Kleinrentnerfürsorge.** Die Notlage der Kleinrentner kann nach den bisherigen Erfahrungen nicht allein durch Geldunterstützungen wirksam behoben werden. Das Geld steht nicht immer ausreichend zur Verfügung. Dann sind sachliche und mittelbare Maßnahmen, wie Vermögensverwaltung, Darlehn, Erleichterung des Abschlusses von Rentenverträgen, bestmögliche Verwendung des Hausrates, Beschaffung billiger Lebensmittel, Kleider, Heizstoffe und dergleichen, Krankenpflege, Förderung der Arbeit, Heime usw. unentbehrlich. Das Reichsarbeitsministerium hat deshalb den Entwurf zu einem [illegible] will die Gemeinden dazu verpflichten. Sie soll durch Richtlinien geregelt werden, die die Reichsregierung erläßt. Gegen die Festsetzung der Maßnahmen ist Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig. Die entscheidende Behörde kann einen Verwaltungsbeschluß erlassen, der im Verwaltungswege vollstreckt werden kann. Das Reich erstattet die Hälfte der Aufwendungen.

** **In den Schlichtungsausschuß** des hiesigen Mieteinigungsamtes wurden die Herren Stadtrat Burgemeister und Kogelheide, ferner Bauunternehmer Kremer, Malermeister, Duisberg, Bauunternehmer Scherf, Klempnermeister Böcker, Polier Gimbach, Sekretär Herbel, Buchhändler Henkel und Schleifer Sinn gewählt.

** **Die Fahrrad-Laternen** muß man in Stand setzen! Immer kürzer werden jetzt die Tage, jede Woche nimmt die Helligkeit um mehr als eine Viertelstunde ab — wieviel Radfahrer werden da von der Dunkelheit überrascht! Man vergesse also nicht, seine Laterne mitzunehmen und in gutem Zustand zu erhalten, sonst gibts eine Bestrafung, denn Leuchtmittel sind nicht mehr so rar wie in der Kriegszeit. Füglich kanns aber auch noch Schlimmeres geben! ein Unglück, das einem selbst oder einem andern zustößt, und für dessen Schäden man dann haften muß. Besonders auf unbeleuchteten Landstraßen sind Gefahren immer vorhanden.

** **Eine Feierstunde** am Totenfest, nachm. 5 Uhr, in der großen Kirche, wird uns der evangel. Kirchenchor, der sich seit Jahren mit Erfolg um die Pflege guter geistlicher Musik bemüht, bereiten. Neben Einzelchören wird er vor allem die Cantate für Chor, Soli und Orgel „Der Jüngling von Nain" vortragen. Es ist eine Dichtung von Jul. Sturm, komponiert von Rob. Schwalm. Um das Verständnis zu erleichtern, soll hier kurz der Inhalt wiedergegeben werden. Der Chor beginnt mit dem Thema des Ganzen: Ich bin die Auferstehung und das Leben. Dann erzählt das Alisolo: die Träger heben den Sarg empor . . . und die Trauergemeinde stimmt an: Tröstet die Klagende. Während die Witwe (Sopran) klagt und ihre Not schildert, weist eine einzelne Stimme (Bariton) hin auf den Herrn, der dem Trauerzug entgegen kommt, und der Chor verheißt: die Hülfe kommt von dem Herrn. — Da diese Kantaten fast alle für den Gebrauch in der Kirche und nicht im Konzertsaal bestimmt sind, beteiligt sich in ihnen auch die Gemeinde, an dieser Stelle durch den Liedervers: Hoff, o du arme Seele, Inzwischen ist der Herr an den Sarg getreten und spricht sein gewaltiges Wort: Jüngling, ich sage dir stehe auf! „Er lebt" — so kündet eine Einzelstimme; „nun halt ich wieder dich umschlungen" so jubelt die Mutter Die Menge der Zuschauer stimmen ein: „Lobsingt dem Herrn" an u. auch die Gemeinde beugt sich vor dem Lebensfürsten, in dem sie singt: „O schöner Tag und noch viel schönre Stund." — Neben den Solisten aus dem Chor danken wir es Frau Fleitmann u. Frl. Aennchen Reuter, daß sie sich bereitwilligst in den Dienst der Sache gestellt haben. Jeder ist zu dieser Feierstunde herzlich eingeladen. Eintritt wird nicht erhoben.

** **Einweisung von Kriegsbeschädigten und Versicherten in Krankenanstalten.** Wer im Verfahren zur Feststellung von Versorgungsgebührnissen oder von Renten nach der Sozialversicherung zur Begutachtung oder Beobachtung in eine Krankenanstalt eingewiesen wird, hat ohne Rücksicht auf seinen früheren militärischen Dienstgrad oder seine Stellung im bürgerlichen Leben Anspruch nur auf Aufnahme in die für Krankenkassenmitglieder ortsübliche d. i. in der Regel niedrigste Verpflegungsklasse. Soweit nicht der Gesundheitszustand des zu Untersuchenden eine Aus[illegible] höhere Klasse nur erfolgen, wenn der Mehrbetrag von dem Versicherten selbst getragen wird.

** **Eigener Herd.** Die Beschaffung einer Wohnungseinrichtung mit Einschluß der Kleidung für ein Ehepaar mit 1 Knaben und 1 Mädchen betrug 1914 bei 1 Zimmer 1400 M, bei 2 Zimmern 2800 M, bei 3 Zimmern 5500 M. Für Januar und Februar 1922 werden die drei Beträge vom Statistischen Reichsamt jetzt auf 42 500 M, 58 000 M und 168 500 M berechnet. Für September und Oktober stellen sie sich bei einer 1 Zimmerwohnung auf 354 000 M, bei einer 2-Zimmerwohnung auf 707 500 M, bei einer 3-Zimmerwohnung auf 1 390 000 M. Im November rechnen in dem letzteren Falle natürlich auch 1½ Millionen nicht mehr. Die Gründung einer Haushaltung ist für die breite Masse der Verbraucher nicht mehr wie im Frieden durch Beschaffung einer Aussteuer aus den Ersparnissen vom Arbeitseinkommen möglich, sondern nur noch stückweise und unter Entbehrung selbst des Notwendigsten. Die Zahlen bedeuten auch die Beträge, die nach dem Aufwand für die Wiederbeschafung bei der Versicherung gegen Feuer und Diebstahl mit gleitenden Prämien zugrunde zu legen sind.

** **Ein Umstand, über den auch die Schwerter schon zu klagen haben,** wird im „Iserlohner Kreisanzeiger" gerügt. Dort hatten die Primaner des Gymnasiums eine Kunstfahrt nach Dortmund unternommen, um im Stadttheater „König Lear" zu sehen. Nun heißt es: Die Primanerfahrt zur Schauspielaufführung nach Dortmund hat leider einen nicht völlig ausgeglichenen Kunstgenuß gebracht, nicht etwa durch mangelnde Darstellungskunst der Bühnenmitglieder, sondern durch eine gewisse Kurzsichtigkeit der Theaterleitung, die gestern auf die Fahrtinteressen der auswärtigen Besucher nicht genügend Rücksicht genommen hat. Die Vorstellung war in den Spielplänen seitens der Direktion auf ½8 Uhr beginnend festgesetzt worden, als aber die hiesigen jungen Kunstpilger in Dortmund anlangten, mußten sie zu ihrer unangenehmen Ueberraschung erfahren, daß der Anfang der Vorstellung um eine halbe Stunde später gelegt worden war, eine Tatsache, die naturgemäß auch den Schluß des großen Dramas entsprechend hinausschob. Da wir aber in Iserlohn nun einmal seit Jahren einen fast zur Lächerlichkeit gewordenen Kampf mit den Eisenbahndirektion führen, die uns immer noch begreiflich machen wollte, daß der letzte von Dortmund nach hier fahrende Zug anstatt jetzt 10,35 Uhr nicht auch 15 Minuten später fahren kann, so mußte die große Schar auswärtiger Besucher mitten im vorletzten Akt den Kunsttempel verlassen, was bei aller Rücksichtnahme doch nicht ohne Störung sowohl für die übrigen Besucher als auch für die mitten aus dem Kunstgenuß Herausgerissenen vor sich gehen konnte. Wer bekanntlich diesen letzten Zug nicht erreicht, ist zum Uebernachten in Dortmund gezwungen, will er nicht per pedes durch Schmutz und Dunkelheit über Berg und Tal zum himmelfernen Iserlohn wandern. Aber die Eisenbahndirektionen, die bekanntlich alles viel besser wissen und daher auch den heutigen Musterbetrieb auf der Reichsbahn so zielsicher aufrecht zu erhalten verstehen, kümmern sich nicht um künstlerische und wirtschaftliche Wünsche, die aus unserem Boden wachsen. Der letzte Zug fährt eben 10,35 Uhr ab Dortmund, trotzdem auch nicht ein einziger Grund dagegen spräche, diesen Zug etwa eine Viertelstunde später zu legen. Da der Zug nun doch einmal fährt, handelt es sich also lediglich nur um eine Minutenklauberei oder eine vom Tisch aus vertretene starre Bürokratie. — Die Vorstellung selbst brachte bei zum Teil sehr guten Leistungen wundervolle Bühnenbilder. Unsere Weißmützen empfingen einen tiefen Eindruck.



Art läßt nicht von Art.

Roman von H. Hill

(Nachdruck verboten.)

89]

„Aus Familienrücksichten habe ich mir die moralische Verpflichtung auferlegt, ihn ein bißchen zu beaufsichtigen. Und gerade heute, wo er, wie ich vermute, eine große Summe Geldes bei sich hat. Ich weiß ja, daß er beabsichtigte, einen großen Teil seiner Erbschaft flüssig zu machen. Ich weiß es von ihm selbst, und der Justizrat hat es mir bestätigt."

Der alte Bureauvorsteher schien es nicht als eine Indiskretion anzusehen, wenn er vor diesem Verwandten des Grafen, der noch dazu einer seiner ältesten Bekannten war, kein Blatt vor den Mund nahm.

„Ja," nickte er. „Als er fortging, nahm er ungefähr zwei Millionen mit sich hinweg, teils in barem Gelde, teils in Wertpapieren und in Form eines Schecks. Ich hörte, wie der Justizrat, als er ihn hinausbegleitete, ihn ermahnte, besonders vorsichtig zu sein. Aber der Herr Graf lachte ihn aus und meinte, er würde von diesem Gelde seinen ganz besonderen kleinen Spaß haben."

„Sagte er das? Und wissen Sie vielleicht zufällig auch, was er damit meinte?"

„Er sagte, daß er im Begriff sei, eine amerikanische Millionenerbin zu heiraten, und daß er ihr wohl einiges bieten müsse, bis der Zeitpunkt gekommen sei, wo sie alles zehnfach aus ihrer eigenen Tasche zahlen würde. Er sagte es auf eine noch etwas drastischere Art. Sie wissen ja, Herr Baron, daß der Herr Graf eine etwas freie Ausdrucksweise hat — wenigstens im Vergleich zu derjenigen, an die wir sonst bei den Angehörigen Ihrer verehrten Familie gewöhnt worden sind."

Von Reckenburg fühlte kein Bedürfnis, die Unterhaltung fortzusetzen, die ihm weitere Aufschlüsse kaum noch bringen konnte.

„Das waren verzweifelt schlechte Neuigkeiten," sagte er, als er mit dem Doktor die Treppe wieder hinabstieg. „Daß er diese Riesensumme flüssig gemacht hat, bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß er seine Schiffe hinter sich verbrennen wollte, und daß er nicht gesonnen ist, die vermeintliche Rolle des falschen Grafen weiter zu spielen."

„Und was werden wir nun beginnen?"

„Ich beabsichtige, geradeswegs zu dem Polizeirat Fabrizius zu fahren und die weitere Verfolgung der Angelegenheit in seine Hände zu legen. Denn ich bin am Ende meines Witzes angelangt, und ihm stehen andere Mittel zur Verfügung als mir. Es ist kaum eine Stunde vergangen, seitdem unser Mann die Kanzlei des Justizrats verließ. Wenn die Nachforschungen sofort aufgenommen werden, sollte es doch nicht unmöglich sein, seine Spur aufzufinden und damit auch den Aufenthalt meiner Cousine zu ermitteln."

„Und ich? — Wünschen Sie, daß ich Sie zu dem Polizeirat begleite?"

Der Freiherr schüttelte den Kopf.

„Nein, es wird besser sein, wenn Sie mich draußen erwarten. Ich möchte die beiden Affären nicht gern miteinander vermengt sehen, und ich weiß nicht, ob er sich nicht veranlaßt finden würde, Sie in Haft zu nehmen, wenn er Sie so bequem zur Hand hätte. Vorläufig aber wünsche ich, daß Sie auf freiem Fuße bleiben, weil Sie mir da doch wohl mehr nutzen können, als im Untersuchungsgefängnis."

„Und Sie glauben, daß Sie den Polizeirat um diese Zeit noch in seinem Bureau antreffen werden?"

„Ich zweifle nicht daran. Der Mann lebt nur für seinen Beruf, und ich habe mich manchmal im stillen gewundert, woher er die Zeit nehmen mag, um zu essen und zu schlafen."

Der Wagen hielt bereits vor dem Gebäude des Polizeipräsidiums, und Doktor Odemar blieb, dem Wunsche des Freiherrn entsprechend, darin sitzen, während von Reckenburg sich in das Innere des Hauses begab. Wie er es mit voller Sicherheit vorausgesetzt hatte, traf er den Polizeirat noch in seinem Amtszimmer, wo er eben mit zwei höheren Kriminalbeamten konferierte. Er mußte wohl annehmen, daß der Anlaß, der den Freiherrn hierher führte, wichtiger sei als die Angelegenheit, die ihn gerade beschäftigte; denn er machte den beiden Beamten ein Zeichen, sich zurückzuziehen, und wandte sich dann erwartungsvoll an seinen Besucher, um sich über die Ursache seines Erscheinens unterrichten zu lassen. Von Reckenburg hielt sich nicht lange mit Vorreden und Umschweifen auf, sondern setzte ihm mit wenigen klaren und erschöpfenden Worten die augenblickliche Sachlage auseinander. Er hatte noch gar nicht zu Ende gesprochen, als der Polizeirat bereits nach dem Tischtelephon griff und seine Befehle erteilte. Als er den Apparat auf das Gestell zurückgelegt hatte, sagte er:

„In wenigen Minuten wird jedes Polizeiamt mit der Angelegenheit befaßt sein. Und ich werde meine besten Leute auf die Fährte dieser beiden Ehrenmänner setzen, von denen der eine ohne allen Zweifel der Mörder Ihres unglücklichen Oheims ist."

„Das ist eine Ueberzeugung, die auch ich teile. Und wenn nicht diese Trunkenheit wäre, die eine eigentliche Täterschaft des Grafen ausschließt, würde ich mich auch über die Person des Mörders nicht im Ungewissen befinden. Aber in Anbetracht dieses unbestreitbaren Faktums muß man wohl annehmen, daß er sich seines Dieners als Werkzeug für die Ausführung des Verbrechens bedient hat."

Der Polizeibeamte schüttelte den Kopf.

„Dieser Diener ist für mich von allem Anbeginn nicht unverdächtig gewesen, und es ist fast bis auf die Minute festgestellt worden, was er an dem fraglichen Nachmittag und Abend getrieben hat. — Uebrigens — befindet Herr Doktor Odemar sich noch immer in Ihrer Wohnung?"

Der Freiherr mochte seine guten Gründe haben, diese Frage, der Wahrheit entgegen, zu bejahen, oder sie doch wenigstens in einer Form zu beantworten, die der andere nur für eine Bejahung nehmen konnte.

„Er steht noch immer unter meinem Schutz," sagte er, und der Polizeirat nickte befriedigt:

„Ich werde mich genötigt sehen, von dem Vorbehalt Gebrauch zu machen, unter dem ich Ihnen versprach, vorläufig nichts gegen den Mann zu unternehmen. Morgen in der Frühe werde ich ihn unter dem Verdacht der Mitwisserschaft verhaften lassen. Denn es ist sicher, daß dieser Mann den Schlüssel zu dem Geheimnis in seinen Händen hält. Wir müssen jetzt unter allen Umständen versuchen, ihn zum Reden zu zwingen."

(Fortsetzung folgt.)

Angestelltenversicherung können eine Winterbeihilfe erhalten. Anträge müssen sofort an das hiesige Wohlfahrtsamt gehen.

** **Aus der kathol. Gemeinde.** Am Mittwoch vormittag waren der Kirchenvorstand und die Gemeindevertretung im Kasinosaale des Vereinshauses zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammengetreten, die Herr Pfr. Schnurbus leitete. Bereits im Frühjahr hatten die Körperschaften die Erhebung einer Kirchensteuer in Höhe von 15 Proz. der staatlichen Einkommensteuer beschlossen. Bei der fortschreitenden Geldentwertung ist jedoch der Haushaltsplan mit diesen Steuersätzen nicht ins Gleichgewicht zu bringen und so mußten die Körperschaften wohl oder übel einem Antrage zustimmen, wonach 30 Proz. als Kirchensteuer erhoben werden sollen, der Berechnung zugrunde gelegt wird das Einkommen von 1921. Weiter erklärte sich die Gemeindevertretung mit der Umpfarrung von Geisecke nach Lichtendorf einverstanden; die Filialgemeinde Lichtendorf, die zu einer selbständigen Pfarrei erhoben werden soll, wird dadurch lebensfähiger und es steht zu erwarten, daß die Behörden dem Plan eher ihre Zustimmung erteilen. Der Kirchenvorstand hatte bereits früher einen diesbezügl. Beschluß gefaßt.

** **Die Jugendvorführung** am Samstag nachmittag wird diesmal etwas länger währen als bis 6 Uhr, da neben dem großen Karthago-Rom-Film (Hannibal-Hasdrubal-Scipio). „Die punischen Kriege", der 8 Teile hat, noch der Naturgeschichtsfilm: In Meerestiefen (Leben und Treiben des seltsamen Tintenfisches) und ein Fröhlichkeitsbeitrag nicht fehlen soll.

** **Metalldiebstahl und Einbrüche, eine Jugendnot.** Durch Einbruch wurden einem hiesigen Werk Silber- und Kupferanoden von bedeutendem Werte entwendet. Die Metalldiebstähle haben in letzter Zeit einen derartigen Umfang angenommen, daß fast täglich Täter zur Verantwortung gezogen werden müssen. Unter ihnen befinden sich leider Jugendliche und Schüler in erheblicher Zahl. Die Eltern werden ersucht, mehr auf ihre Kinder zu achten und sie von Diebstählen abzuhalten, da sie sonst selbst Nachteile haben werden. Gegen die Abnehmer ist das Verfahren wegen Hehlerei eingeleitet.

In Fröndenberg wurde in der Nacht vom 21. zum 22. ein Einbruch in derselben Weise, wie s. Zt. hier in einem Stofflager ausgeführt. Den Dieben fielen 1 Hartpappkoffer, 54 Damenhandtaschen verschiedener Größe und Farben, 15 Portemonais, 27 Geldscheintaschen, 42 Brieftaschen und 1 antike Rindleder Zigarrentasche in die Hände. Gesamtwert 500 000 M. Belohnung für Wiederherbeischaffung der Sachen bis 50 000 M.

** **Nächtliche Dieberei und Schießerei.** Diebe waren in der Nacht vom 21. zum 22. d. Mts. damit beschäftigt, von den Neubauten der Eisenbahn-Werkstatt Fußbodenbretter zu entwenden. Sie wurden von einem Wächter in der Richtung nach Schwerterheide vertrieben, worauf sie auf den Wächter mehrere Schüsse abfeuerten und ihn verletzten. Der Wächter machte ebenfalls von seiner Waffe Gebrauch und hörte einen der Täter Schmerzenslaute ausstoßen. Sachdienliche Mitteilung die zur Ermittelung der Täter führen können, wolle man der nächsten Polizeibehörde machen.

*

** **Westhofen**, 23. Nov. Im Dienste der Wohltätigkeit. Die erst kürzlich gegründete Frauengruppe Westhofen erzielte bei einem im Asbeck'schen Saale veranstalteten Wohltätigkeitskonzert einen Reinertrag von 10 000 M. Diese Summe soll an die Witwen und Armen unserer Stadt verteilt und eventuell auch für Weihnachtsbescherungen an bedürftige Kinder verwendet werden.

** **Westhofen**, 23. Nov. Amtsverwaltung. Aus Gründen der Licht- und Heizungsersparnis sind die Dienststunden des hiesigen Amtes und der Amtskasse von jetzt ab von 8.30 Uhr bis 4.30 Uhr, Sonnabends von 8.30 Uhr bis 1 Uhr festgesetzt. — Im Interesse der glatten Erledigung der laufenden Dienstgeschäfte wird das Publikum gebeten, nur die Vormittags-Dienststunden in Anspruch zu nehmen.

Aus den Provinzen.

Iserlohn. Selbst ist der Mann. Nach diesem guten Wort handeln zur Zeit die Schüler der Oberklassen des Realgymnasiums in dem sie in freiwillig übernommener Arbeit allnachmittäglich mit Schippe und Hacke an der Ausbesserung der Danzturm-Rodelbahn arbeiten. Vor allem wird die große Kurve, die bisher immer noch nicht den Gesetzen der Schwungkraft und den Wünschen der Rodler entsprach, neugerichtet. Primaner führen die Aufsicht und so wird der Stadt, die für derartige Zwecke hohe Summen nicht ausgeben darf und kann ein schönes Stück Geld gespart.

Rohmede, 23. Nov. Schildbürgerstreich. In der Nähe der Schule in Mühlenrahmede sahen wir kürzlich ein Schild mit folgender Drohung: „Das Betreten des Schulhausflures, des Schulhofes und des Turnplatzes ist bei Strafe verboten. Die Polizeiverwaltung!" Wie mögen da Lehrer und Kinder in die Klassenzimmer kommen! Oder hat der Unterricht aufgehört?

zu Tode gekommen. Der 18jährige Sohn der Eheleute Finn von hier, der mit anderen jungen Leuten einen Ausflug nach Gütersloh unternommen hatte, bestieg dort in leichtsinniger Weise das Dach eines Personenzuges. Er stieß kurz vor Brackwede mit dem Kopf gegen eine Ueberführung und wurde auf die Plattform geworfen. Der junge Mann ist kurz nach der Einlieferung ins hiesige Krankenhaus gestorben.

Das Hungerelend in Rußland.

Genf, 24. Nov. Nach einer Mitteilung des Nansenkomitees werden noch 8 Millionen hungernde Menschen verpflegt. In diese Zahl sind jedoch 7 Provinzen des Hungergebietes, über die das von Kolinin geleitete Komitee noch keine Angaben hat, nicht einbegriffen. Wie der ukrainische Zentralexekutivausschuß mitteilt, wird in diesem Winter die Hungersnot größer sein, als im vergangenen Jahre. Ueber die Hilfsaktion zugunsten der kleinasiatischen Flüchtlinge wird berichtet, daß bereits 11 000 Flüchtlinge aus Marmara und Pascht Liman nach Griechenland befördert worden sind.

Letzte Drahtmeldungen.

Der 8 Stundentag und das Streikrecht der Beamten.

TU. Düsseldorf, 21. Nov. Auf dem Rheinisch-Westfälischen Beamtentag, kam es zu einer lebhaften Aussprache über die Politik des Deutschen Beamtenbundes. Der Sprecher des Bundes trat für politische Neutralität der Beamtenorganisationen ein und erklärte sich für die Aufhebung der schematischen Anweisung des 8 Stundentages. Wenn die Not der Zeit es erfordere, so müßte die Arbeitszeit verlängert werden, um die Erzeugung so zu heben, daß sie zur Deckung des notwendigsten Bedarfes ausreiche. Das Streikrecht der Beamten könne nach den heutigen Verhältnissen nicht beansprucht werden, doch dürfe das Koalitionsrecht der Beamten nicht angetastet werden. Von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wurden dagegen die bekannten sozialdemokratischen Forderungen vertreten. Aus der Aussprache ergab sich, daß Verhandlungen schweben, die auf ein Zusammengehen der beiden großen Beamtenorganisationen hinzielen.

Die Existenzsicherung für die Arbeiterschaft.

TU. Berlin, 24. Nov. Dem Reichsbetriebsrätekongreß wurden vom Reichsausschuß der Betriebsräte Richtlinien zur Existenzsicherung der Arbeiterschaft vorgelegt. Hierin wird die Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten, ihre Verteilung durch Genossenschaften unter Kontrolle der Arbeiter, Beschlagnahme von Luxuswohnungen und ihre Zuweisung an Wohnungslose, Kontrolle der Feldbestellung, Beschlagnahme des nicht bebauten, anbaufähigen Landes und dessen genossenschaftliche Bewirtschaftung verlangt. Für alle Arbeitsfähigen im Alter von 18—48 Jahren soll die Arbeitspflicht unter Kontrolle der Arbeiter eingeführt werden. Weitere Forderungen betreffen die Annullierung des Versailler Vertrages und aller anderen Ententediktate. Alle Auslandsguthaben sollen sofort beschlagnahmt und zu Reparationszwecken verwendet werden.

Attentat auf den König von Rumänien.

TU. Paris, 24. Nov. Nach Meldungen aus Bukarest ist der rumänische König nur durch einen Zufall einem Eisenbahnunglück entgangen. Auf der Rückkehr von einer Jagd wäre ein Zug infolge absichtlicher Zerstörung eines Gleises entgleist, wenn nicht ein anderer Zug vorausgefahren wäre, der dem Attentat zum Opfer fiel.

Ueberfall auf den Zaren Boris.

TU. Wien, 24. Nov. Aus Sofia wird gemeldet: König Boris unternahm einen Autoausflug ohne Begleitung. In der Nähe von Sofia wurde er von Räubern überfallen und mußte sich einer Leibesvisitation unterziehen. Er hatte nur 181 Levac bei sich, die ihm von den Räubern abgenommen wurden, worauf sie verschwanden.

Eingesandt.

(Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Nach eine Erwiderung betreffend den Aufsatz

„Zur Beamtenpolitik des Reiches."

1. Vor dem Kriege bestand nicht eine Reichseisenbahn, sondern eine Preuß.-Hess., eine Bayr., eine Württ. und Sächs. Eisenbahnverwaltung. Bei der nach dem Krieg erfolgten Vereinigung zu einer Reichseisenbahn muß sich ganz natürlich ein zahlenmäßig höherer Bestand an Beamten und Angestellten ergeben. Dieser höhere Bestand ist jedoch nur scheinbar; er ist tatsächlich weiter nichts als eine Addition der früher getrennt nachgewiesenen Beamtenzahlen. Aehnliche Verhältnisse liegen bei der Reichspostverwaltung. Schließlich rechnet man heute auch noch die Angehörigen der Reichswehr zu dem zahlenmäßigen Stande der Beamten.

Die im allgemeinen im freien Verkehr eingerissene Unmoral, gegen welche die Beamtenschaft vergeblich ankämpft, bedingt eine außergewöhnlich starke Besetzung der Finanzämter. Wir wären dem Verfasser des Artikels außerordentlich dankbar, wenn er dafür wirken wollte, daß durch ordnungsmäßiges und rechtzeitiges Abführen der Steuern die Finanzämter nur mit einem Steuereinnehmer (Kassierer) besetzt werden brauchten.

Wären gewisse Kreise ihrer Steuerpflicht so pünktlich nachgekommen wie die Beamten und sonstigen Arbeitnehmer durch ihren Steuerabzug, so dürften zweifellos die Finanzschwierigkeiten im Staate in dem Maße wie sie heute bestehen, nicht eingetreten sein.

Die Behauptung, daß durch die Gehaltsaufbesserungen der Staatsbankerott immer drohender heranrückt, zeigt daß der Verfasser einen sehr begrenzten Blick für das deutsche Wirtschaftsleben hat. Er hätte sonst unbedingt erkennen müssen, wo die Parasiten an unserer deutschen Volkswirtschaft sitzen.

2. Der Beamtenschaft die Schuld zuzuschieben, daß eine so hohe Zahl von Hilfskräften in den Staatsbetrieben sich befindet, ist ebenfalls ein recht kühner Gedankensprung; denn die Beamtenschaft konnte es nicht hindern, daß während des Krieges und bei der Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft Personen aus Privatbetrieben in die Staatsverwaltungen eintraten, deren Fähigkeiten zweifelhaft waren. Daß die Wiederabstoßung dieser Personen recht langsam und zaghaft vor sich geht, dürfte wohl in der Hauptsache in politischen Gründen zu suchen sein. Hierfür soll man aber die Beamtenschaft nicht verantwortlich machen; denn sie hat diese Zustände nicht herbeigeführt, sondern dem schon oft genug einen gewissen Widerstand entgegengesetzt.

3. Die Richtigkeit, der vom Verfasser angegebenen Krankheitsziffer unter den Beamten zweifeln wir an; daß aber nach dem Kriege eine Erhöhung der Ziffer eintreten mußte, ist bei der umfangreichen Beschäftigung von Kriegsbeschädigten und Schwerverletzten in den Staatsbetrieben ganz begreiflich. In den Privatbetrieben muß die Erscheinung fehlen, denn nach den Berichten zuständiger Stellen wird der Einstellung von Arbeitnehmern, die durch den Krieg gesundheitlich geschädigt sind, von Privatbetrieben kein geringer Widerstand entgegen gesetzt. Außerdem ist die erhöhte Krankheitsziffer eine Erscheinung der Unterernährung, die eine Folge ungenügender Entlohnung ist.

4. Ein Vergleich der Beamteneinkommen mit den im gewerblichen Leben gehalten Einkommen der Privatangestellten ähnlicher Kategorien fällt durchweg zu ungunsten der ersteren aus; unzureichend sind sie für beide. Das Einkommen der mittleren Beamtengruppen beträgt heute das 100—120fache des Friedenseinkommens, das der höheren Beamten noch nicht das 100fache. Demgegenüber steht eine Preissteigerung auf allen Gebieten, die das 800—1000fache der Friedenspreise beträgt. Wenn also gesagt wird, daß die ständige Heraufsetzung des Einkommens der Staatsbeamten und -Arbeiter die Zunahme der Papiergeldvermehrung außerordentlich beschleunigt und damit zu einer ganz erheblichen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse führt, so werden mit einer derartigen Bemerkung die Dinge einfach auf den Kopf gestellt. Der Beamte, der Angestellte, der Arbeiter stellt höhere Lohnforderungen, weil ihn die Preissteigerungen — man kann ja in einzelnen Geschäften fast darauf warten — einfach dazu zwingen, wenn er nicht verkommen und verhungern will. Teuerungsbeihilfen sind immer erst gewährt worden, nachdem eine Teuerungswelle gekommen war. Lohnforderungen waren stets die Folge der Teuerung und nicht umgekehrt.

Zusammenfassend müssen wir zu unserem Bedauern feststellen, daß dem Verfasser jegliches Verständnis für unser schwer geprüftes Volk abgeht, sonst hätte er nicht in so einseitiger Weise die Glieder der Staatsmaschine, die für die traurigen unzulänglichen Zustände nicht verantwortlich zu machen sind, in der Oeffentlichkeit mit Schmutz bewerfen können. Die Beamtenschaft ist sich ihrer Verantwortung für Volk und Staat durchaus bewußt.

S.

*

(Nach obigen Ausführungen hat der „Rhein.-Westf. Wirtschaftsdienst", der unserer Zeitung den nunmehr gründlich bekämpften Artikel zugesandt hat, wohl genug zu tun, über seinen Artikel nachzusinnen. Wir freuen uns, daß unsere Beamtenleserschaft mit Bienenfleiß gearbeitet hat, um Worte der Entgegnung zu finden und sich zu scharen. Die Schriftl.)



An Stelle des verunglückten Rohrführers Wirth soll nun Wehrmann Cuno die Gefahr zu bannen versuchen.

Minister-Wechsel.

Im Zeichen der Vergänglichkeit
Steht jedes Werk von Menschenhand.
Denn auf der Welt zu aller Zeit,
Ist nur der Wechsel von Bestand.
Er hält die ganze Welt in Schwung
Und sorgt stets für Veränderung.
Wir müssen diese akzeptieren.
Dagegen hilft kein Protestieren.

Der Wechsel wirft uns hin und her.
Er hat schon viel zu Fall gebracht.
Ministersessel werden leer
Durch ihn ganz plötzlich über Nacht.
Veränderung gibts überall.
Drum ist dies auch bei uns der Fall.
Im allgemeinen nennt man diese.
Situation: „Ministerkrise"!

Herr Wirth hat seine Pflicht getan.
Doch ist auch seine Kunst am End'.
Nun tritt ein and'rer auf den Plan.
Herr Cuno rief der Präsident
Und sprach zu ihm: Ich bitte Sie.
Versuchen Sie mit Energie
Und sei's auch mit parteilos „Wilden"
Ein neues Kabinett zu bilden.

Herr Cuno hat als General-Direktor und Geheimer-Rat,
Sich schon bewährt so manches mal als Mann des Wollens und der Tat.
Er will und darauf kommt es an,
Vielleicht ist er der rechte Mann,
Das Staatsschiff wieder flott zu machen,
Damit wir nicht zusammen krachen.

Und steht noch wenig liebevoll,
Beiseit' die Mehrheit der Partei'n,
Er spricht: Was ich Euch bringe, soll,
Ein „Kabinett der Arbeit" sein!
Fürwahr, das ist ein gutes Wort,
Und führt der „neue" Mann so fort,
In diesem Sinn sich durchzusetzen,
Dann wird ihn bald die Mehrheit schätzen.

Doch übel ist ein Volk daran,
Das nicht erkennt der Zeit Gebot.
Wir brauchen einen Steuermann,
Der fest uns führt aus Sturmesnot.
Der klug und mit Besonnenheit,
Durch der Parteien Widerstreit
Das Staatsschiff lenkt, daß es nicht scheitert,
Denn Klippen drob'n ringsum!

Ernst Heiter.

Dollarkurs am 23. 11. = 6271,00 M.

Die Ausgabe der Lebensmittel kann gegen Vorlegung der Lebensmittelkarte wie folgt der Stamm Nr. 2 statt:

Am Montag, den 27. November 1922, vorm. für Lebensmittelkarte Nr. 1 — 1000
am Montag, den 27. November 1922, nachm. für Lebensmittelkarte Nr. 1001 — 2000
am Dienstag, den 28. November 1922, vorm. für Lebensmittelkarte Nr. 2001 — 3000
am Dienstag, den 28. November 1922, nachm. für Lebensmittelkarte Nr. 3001 — Schluß

Schwerte, den 24. November 1922.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Rentenempfänger aus der Invaliden- und Angestellten-Versicherung können bei Bedürftigkeit eine Reichsbeihilfe als einmalige Winterbeihilfe erhalten. Anträge sind beim hiesigen Wohlfahrtsamt, neues Rathaus, Zimmer Nr. 12, zu stellen.

Rentenempfänger, die bereits eine laufende Beihilfe erhalten, wird die Winterbeihilfe ohne Antrag gewährt.

Schwerte, den 21. November 1922.

Städtisches Wohlfahrtsamt.

Für den auf Grund des § 6 Abs. 2 des Reichsmietengesetzes erlassenen Schlichtungsausschuß ist bestimmt:

Stadtrat Bürgermeister, als Vorsitzender,
Sozialrat, als stellv. Vorsitzender,
als Beisitzer des Haus- und Grundbesitzervereins:
1. der Bauunternehmer Hammer, Wilhelmstraße,
2. der Maurermeister Duisberg, Schützenstr.,
als Stellvertreter:
1. der Bauunternehmer Scherl, Wolfenstr.,
2. der Klempnermeister Böcker, Wolfenstr.,
als Beisitzer des Mieterschutzvereins e. V.:
1. der Weber Konstantin Simbach, Bismarckstraße 4,
2. der Gewerkschaftssekretär Otto Herbel, Ruhrstraße 20,
als Stellvertreter:
1. Buchhändler Ludwig Henkel, Königstr. 4,
2. Schlosser Wilhelm Sinn, Bachstraße 30.

Schwerte, den 24. November 1922.

Der Magistrat. Melchsheier

Bekanntmachung.

Am 1. Dezember d. J. tritt eine Erhöhung der Frachtsätze des Tarifes der Dortmunder Kleinbahn in Kraft. Auskunft erteilt die unterzeichnete Verwaltung.

Dortmund, den 20. November 1922.

Die Betriebsleitung der Dortmunder Kleinbahn.
Städtische Hafenverwaltung.

Landwirtschaftl. Kreis-Verein Hörde.

General-Versammlung

Mittwoch, den 29. November 1922, nachmittags 4 Uhr im Stiftshof zu Hörde.

Tagesordnung:

1. Vorträge über
   a) Vermögenssteuer und Zwangs-Anleihe vom Herrn Dr. Backmann-Dortmund.
   b) Erbschaftssteuer und Erbschafts-Versicherung vom Herrn Bankdirektor Kirchhoff.
2. Erledigung verschiedener Tagesfragen.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.

Der Vorsitzende: Pfaff, Gutsbesitzer.

Lichtspiele „Zur Reichskrone"

Freitag bis Montag:

Der Roman der Christine von Herre

Ergreifendes Drama in 6 Akten.

Alkohol

Drama in 6 Akten.

Bilderschau Schwerte, Reichskrone.

Nur Samstag, den 25 Nov., nachm. 4 Uhr:

Jugend- und Kindervorführung

Die punischen Kriege

im 3. Jahrhundert vor Chr.

Hannibals Alpenzug. Hasdrubals Kämpfe. Scipios römischen Sieg über Karthago. Ein 3teiliger geschichtlicher Lehrfilm.

Vorher aus der Naturkunde:

In den Tiefen des Meeres

Das Leben des seltsamen Tintenfisches.

Jugend-Eintrittspreise 25,—M.; 20,—M.; 15,—M.

Deutsches Mädchenbuch
Deutsches Knabenbuch
eingetroffen
Buchhandlung Carl Braus



Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis unserer uns von Materialpreisänderungen betroffenen Kleinabnehmer, daß uns der Brennstoffpreis um 12 Mk. wiederum eine Erhöhung erfahren hat, und zwar über 1142821,— Mk. für die Zeit vom 1. bis 15. d. Mts. Der mittlere Gesamtbrennstoffpreis für den Monat November stellt sich somit auf 1307711,— Mk. für 10 t frei Kraftwerke.

Nach der in dem Materialpreisänderungsgesetz Mai 1922 niedergelegten Berechnungsformel betragen demnach die Teuerungszuschläge und die Gesamtkleinpreise in den einzelnen Verbrauchsstufen in November 1922:

Grundpreis	Teuerungszuschlag (150711 — 130 — 15081 : 80 — 5020)	Gesamtpreis für 1 KW Std.
40	2 Mk. — „ 100,40	„ 140,40
35	1,75 „ — „ 87,85	„ 122,85
30	1,5 „ — „ 75,30	„ 105,30
28 „	1,4 „ — „ 70,28	„ 98,28
25	1,3 „ — „ 65,25	„ 90,25

Hagen i. W., den 20. November 1922.

Kommunales Elektrizitätswerk Mark
Aktien-Gesellschaft.



Eine Anzeige

Varieté-Theater Aloria, Kösters Saalbau

Freitag, den 24. Nov. u. Samstag, den 25. Nov., je 7½ Uhr abends:

Großes Sensations-Gastspiel

1. Hirtus-Band Varieté-Attraktion
unter gütigster Mitwirkung der Damen Lotte und Bertrande

Die Kremayrs am Marterpfahl

Thea Morrison, Traumtragödin
Zeitgemäße Attraktion: Der tollste Mann, Humor-Duett

Preise der Plätze: 1. Platz 100 Mk., 2. Platz 80 Mk.
Vorverkauf Zigarrengeschäft Mantler, Hellingstraße. Um gütigen Besuch bittet: Die Direktion.

F. W. NIPPUS

Schokoladen und Zuckerwaren en gros

Erzeugnisse erster Firmen. Verkauf nur an Wiederverkäufer zu Fabrikpreisen.

Trauerbriefe liefert schnellstens Druckerei C. Braus

Farben
für Oel- und Wasseranstrich
Lacke
Bernstein-, Copal-, Emaille- etc.
Oele
Erzeugnisse erster Raffinerien
Originalkannen Originalfässer od. im Anbruch
Pinsel etc.
f. Malermstr. u. Private
Wilh. Heppe
Chemikaliengroßhandlung
Telefon 465 Friedrichstr. und Ostenstr.

Bergmeister
Maschinenmeister
Hauer
Schlosser
Schmied
Maschinenwärter
Maurergeselle
Hochofengeselle
Zimmergeselle
Bauhandwerker
Erd- u. Betonarbeiter
Kokereiarbeiter
sofort
Angebote unter Kl. 1220 an die Geschäftsstelle
Eisenwerke
A. Giesberts
Schwerte
Ostenstraße 18.

Preiswert an: **Schrott!** Preiswert an:

Kaufe jedes Quantum
Alteisen, Metall, Flaschen und Lumpen
zu höchsten Preisen
Schilling & Co., Schwerte
Eisen- und Metallhandlung
Bahnhofstr. 5 Bremer Ostermann Bahnhofstr. 6

Hühneraugen **Kukireol**
Medizinal-Drogerie Willi Heppe, Ostenstr. 3

Puppenklinik
Perrücken etc. Wilhelmstr. 22

Für die Jungmädchen:
Poesiebüchlein in Herzform
wieder eingetroffen.
Buchhandlung Carl Braus.

Hausjungen
Farbe Frisia

Bester Stand-Gasherd Hannover 5015 Bestand, Vertreter sucht für Schwerte tätigen
Vertreter.

Freibank!
Samstag, den 25. d. Mts. vormittags 9 Uhr
Fleischverkauf
Schlachthofverwaltung

Teppich
sehr gut erhalten, mittlere Größe zu kaufen gesucht. Offerten unter Nr. 5022 an die Geschäftsstelle.

1–2 Zentner
Heu
zu kaufen gesucht.
Zu erfr. i. d. Geschäftsst.

Bauer 5014
Plüsch-Teppich
zu verkaufen.
Zu erfragen in d. Geschäftsst.

Guter
Mittag- und Abendtisch
gesucht.
Angebote unter M 12 an die Geschäftsstelle.



Mit bestem Glanz für wenig Geld
Durch Schuhputz
Pilo
man erhält



Verband der militärischen Vereine von Schwerte u. Umgebung

Totenfeier

sonntags 2 Uhr Versammlung der Kameraden in den Vereinslokalen.

2 Uhr: Feierlicher Umzug zum Ehrenmal.

2 Uhr: Gedenkfeier auf dem evangel. Friedhof.

Ehren-, Ehren- und Veteranenabzeichen sind anzulegen.

Der Vorstand.

1 Ofen
1 Butterkirne
1 Zentrifuge
zu verkaufen.
Wilhelmstr. 24 I.

Zinker
Messing
Bronze
Weißmetall
Schrott
kauft für den eigenen Bedarf
Franz Pflug,
Hafenstraße 6–8

Das schönste und preiswerteste Weihnachtsgeschenk ist ein gutes Buch

Novellen in Gelb
6 Bände in schönem Geschenkkarton 1500.— Mark

Chiesa, Bubengeschichten
Reizende Erzählungen aus der Jugendzeit eines Schweizers
220.— Mark

Merimée, Novellen
Eine Anzahl der besten z. T. unveröffentlichten Novellen Mérimées, z. ersten Mal in deutscher Uebertragung 440.— Mk.

de Vigny, 3 Novellen
Soldatengeschichten aus d. Zeit Napoleon I, die auch jedes alte deutsche Heldenherz begeistern werden 400.— Mark

Buchhandlung Carl Braus, Schwerte.

BRIEFKASTEN

Anfragen aus allgemeinem Interesse, deren baldige Antwort z. Vervollständigung des Inhaltes des Marktes wünschenswert wäre, müssen bis spätestens Mittwoch vormittag 10 Uhr in der Redaktion eingegangen sein, andere müssen bis spätestens Donnerstag vormittag 10 Uhr eingegangen sein. Persönliche Anfragen müssen mit Adresse versehen.

Die erteilten Auskünfte sind unverbindlich. Wir können weder für Richtigkeit noch für Berücksichtigung eine Verantwortung übernehmen.

R. A. Wenn eine Handlung geschlossen werden soll, so erfolgt sie über Verhandlungen oder auf dem Wege des Briefwechsels.

Carnap. W. Heißen ist richtig. Der Name ist Meier, d. verändert man sich Meyer und Meyer. Es ist nicht richtig, daß Meyer als Name nur dem Adel zusteht. Es ist nur ein Vorrecht des Adels, daß Edelleute ihren Namen vor den Vornamen setzen. Sonst ist es ganz gleichgültig, wie man seinen Namen schreibt.

Abonnent W. Heißen ist richtig. Der Name ist Meier, d. verändert man sich Meyer und Meyer. Es ist nicht richtig, daß Meyer als Name nur dem Adel zusteht. Es ist nur ein Vorrecht des Adels, daß Edelleute ihren Namen vor den Vornamen setzen. Sonst ist es ganz gleichgültig, wie man seinen Namen schreibt.

R. ein Neugieriger. Der Zeitpunkt des „Ausgleichs" genannt hat dem Bezirksausschuß noch nicht zum Beschluß und damit die dortigen Zeitungen noch nicht bekannt sind. Bitte wenden Sie sich an den Bezirksausschuß selbst.

Frau R. S. Das Kleine Wörterbuch, das Sie in Ihrer Anfrage nennen, wird wohl das meistens zu Rate gezogene sein. Ich möchte Ihnen aber noch das „Deutsche Wörterbuch" von Sanders empfehlen. Es ist in Lieferungen erschienen und kostet jede Lieferung 1 Mk. Eine allerdings unvollständige Abschrift der Schlußurkunde hat sich bei der Ordnung der hiesigen Archive gefunden. Sie führt 1) 6 Malter 1 Scheffelsaat in Villigen Besitz Frau Hamm 15 Schillinge, 6 Viertel Schwerter Maß und Wiege, 2) 12 Malter, 1 Wert, 11 Viertel, 3) 4 Malter Hafer aus dem Gerichtswald und der Ernte aus der gegenüberliegenden Wiese (er opponite posito) an der Ruhr, 4) aus Ostericke (Osterfeld) 9 Malter, 6) [illegible] aus dem Gericht Bochum 4 und „Diestenberg", 5 aus dem Hofe Bermke 9 Malter Gerichte, 6) 2) [illegible] aus dem Garten des Amtmanns Hoffmeyer Hermann Hermannsamm. 7) einen Garten vor dem Nonnenthor (ante portam sepulturinalem) eigentlich der Gilligplatte. Er soll damit einen Altar stiften zu Ehren der S. S. Johannes Evangelista Gervasius et Protasius Martyrum apostoli Evangelistae". Es ist sehr bemerkenswert, daß damals unsere Kirche noch dem S. Johannes geweiht war, denn die Johannesbrüderschaft gehörte überhaupt zu den ältesten in Magdeburg [illegible] S. soll die Johanneskirche die älteste sein.

Im Mittelalter gab es außer der Kirche hier noch drei Kapellen.

1. Die Heilige Geistkapelle, die zum Hospital zum H. Geist gehörte (vgl. heute noch Heilige Geist-Straße) sie stand etwa zwischen Heilige Geist-Straße und Hagener-Straße. Im Dreißigjährigen Kriege wurde sie von dem Sammern der Katholiken zerstört, brannte aber 1660 nur ab. Die Katholiken erbauten damals die verfallene Hüttingskapelle" (jetzt Hyperionapotheke Wandelanlagen); diese benutzten sie bis 1837, wo sie zur Anerkennung des Convenant wegen Baufälligkeit am 15. Oktober nach Vereinigung der Katholiken zu einer Gemeinde geschlossen wurde. Mit bischöflichen Erlaubnis benutzten die Katholiken dann Jahre lang die große evangelische Kirche, bis 1891 die alte katholische Kirche vor dem Hüttingstor erbaut wurde. An ihrer Stelle erhebt sich jetzt das stattliche Geschäftshaus Fischer-Wagner. Da sie nur 24,0 Quadratmeter groß war und die katholische Gemeinde in den folgenden Jahrzehnten infolge der Entwicklung der Industrie sich in ungeahnter Weise vermehrte, so errichtete die katholische Gemeinde unter großem Opfern (1. B. 75 000 Mk. Steuerkosten) eine neue prächtige Kirche, die Sonntag, 18 November 1894, feierlich eingeweiht wurde. Die Chorfenster sind nach der „Germania" von den hiesigen Glasmalern Gebrüder und den Brüdern und Arbeitern der hiesigen Werke geschenkt, ebenso die beiden Seitenaltäre vom Josephs- und Marienverein, während der Hochaltar durch milde Gaben beschafft ist.

2. Die Hüttingkapelle aber U. L. Fr. (Beatae Mariae Virginis)

3. Die mit Graf gewölbte Bergkapelle, errichtet zu Ehren der H. Margarete zu Antiochia, die unter Kaiser Diokletian, von ihrer Mutter zum Christentum erzogen, enthauptet wurde, weil sie die Ehe des römischen Präfekten Olybrius nicht eingehen wollte. In der Reformationszeit war sie an den unteren Seite gegen den Markt der Bau angebaut.

Wenn das Kreuzweg ruhig Patrona Saxoni
Bei der Patrona wünsch eine Bank.

Es deutlich:

„Die Jungfrau Margaret mit Preis
Tannels Sieg
Wir aber wissen, daß Gott uns auf unsere
Feinde."

In der Reformationszeit wurde sie geplündert und abgebrochen, doch hielten die Tischler-Innungen [illegible] Gottesdienste gehalten. Diese Bergprozessionskapelle [illegible] zusammengehörte mit der Heiligen Geist-Kapelle „Bei'n Sternen" heißt es im Archiv] zu Sonnenhell. Bereits über die Gründung des Franziskanerklosters zum Heiligen Geist, das Ritter Engelbert Sedde am 22 April 1[illegible] gestiftet und zu herrlicher Entwickelung [illegible] „Im Jahre 13[illegible] der 22 April der Engelbert Sedde, Edelherr zu Hillegh, Ritter [illegible] das Hospital zum Heiligen Geist zum Behuf der Schwester Armen zugleich mit einem Altar, der zu Ehren der H. Apostels und Magnusse eingeweihet errichtet ist, gestiftet und aufgebauet."

Einen Vollständigen Ablaß hatten die Schwester in nächster Nähe. Es war der mittelalterliche Brauch, [illegible] zu Ostern, den man niederdeutsch Kniet nächtlich [illegible] Noch zu Anfang des 15. Jahrhunderts [illegible] und nach 9 Stunden in der [illegible] Julianen anfängt in, macht sich in Bannen und reichte auf diesen Hinden und Füßen von Peterskreuzen den Berg hinauf nach der Kirche und [illegible] rauf vor der Kirche mit noch verschiedenen Opfer, welches der Barbier, sowohl er Reverenzierer Reliquien, den Armen gegeben, sich mehrmals [illegible] und davon genommen." Besondere Verehrung genoß hier das wunderthätige Bildnis der heiligen Barbara, der nach der Legende um 240 in Nikomedien in Bithynien oder 306 in Heliopolis in Aegypten wegen ihres Bekenntnisses zum Christentum auf grausamen Martern entschlafen wurde und zwar von einem eigenen Vater Dioskur. Der Vater wurde unmittelbar nachher vom Blitz erschlagen. Deshalb wird der H. Barbara in Gewittern angerufen, auch ist sie Schutzpatronin der Artilleristen, Bergleute, Architekten und Baumeister, auf europäischen Kriegsschiffen heißt der Unterkommandeur noch jetzt Santa Barbara. Später kam ihr wunderthätiges Bildnis in das Münsterkloster nach Kölln. Während des großen Bürgerkrieges wallfahrteten die Dortmunder noch hin und wieder nach der Kirche. Bei einer solchen Wallfahrt, am 26 April 1247, brannte die ganze Stadt Dortmund nieder.

Die Einzelkirchen waren zusammengefaßt in Dekanate. Das Corpus Decani begreifende ursprünglich den Archipresbyter von 10 Suffraganen, einer decania. Es wurden aber bald auf kirchliches Gebiet übertragen und bezeichnete den Bezirk, der [illegible] Bann der 22 kirchlichen Dekanaten hatten 7 Gerichtsstelle, bei der sich einzelnden Grafschaft Mark anzuführen, darunter das Dekanat Wattenscheid. Zu demselben gehörte auch Schwerte („Swanten") mit Syburg, während Hagen, Boele und Hagen zum Dekanat Oberschwerte gehörten. Hennede (Hemmen) zum Dekanat Attendorn, Duisburg (Duisburg) und Aplerbeck (Aplerbecke) zum Dekanat Dortmund gehörten. Der Pastor zu Schwerte ist verpflichtet mit einer Einnahme von 12 Mk. Er wird in dem Dekanat Wattenscheid nur übertroffen von dem in Bochum (25). In den Nachbarorten bezog der Pastor in Syburg 6 Mk. Elle 3, Hagen 4, Hagen 1, Hemmen 5, Duisburg 11, Aplerbeck 4. Diesen Angaben [illegible] vom erwähnten über [illegible]

Buntes Allerlei.

Auf der Ostfriesischen Landwirtschaftsausstellung in Leer in Hannover wurde ein [illegible] für 2 Stück M. verkauft. Andere Tiere erzielten Preise von [illegible] M. und [illegible] Mark.

Das Dorfen in Texas wird gemeldet von einer [illegible] Hochflut. Sämtliche Hallen Baumwolle wurde [illegible] Diese Verluste sind den Farmern erschütternd. Die Eisenbahnen mußten [illegible] einstellen.

Bei [illegible] Schwimmen bei der Marine-Schwimmhalle [illegible] der amtlichen Bekanntmachungen des militärischen Kommandos gemeldet wird.

Die Kaiserlichen Hofjäger in Rominten werden nach 40 Jahren entlassen. Sie sind [illegible] Jahren [illegible] und [illegible] Jahre.

Der Bischof von Münster hat [illegible] Kirchen [illegible] Sonntag [illegible] Kommunion [illegible] Kinder [illegible] Kinder [illegible] Kinder

Deutsche Friedhofsschönheit.

(Zum Totensonntag.)

Eine weitgereiste Amerikanerin, die feinsinnige Reiseschriftstellerin Vernon Lee, hat in einem Aufsatz über Rothenburg geschrieben, daß Deutschland die schönsten Friedhöfe der Welt besitze. Es sind besonders einige alte Kirchhofanlagen, die dieses Lob in erster Linie verdienen, so der Friedhof von St. Peter in Straubing oder der berühmte Johanneskirchhof in Nürnberg. Die wundervollen Anlagen, die diese Gottesacker zu stimmungsvollen, elegischen Gärten machen, haben in neuester Zeit eine Nachfolge erhalten in den Waldfriedhöfen, durch die man jetzt wieder den Kirchhof zum Totenhain und Gräbergarten wandelt. Der erste Versuch dieser Art wurde 1877 mit dem Friedhof in Ohlsdorf bei Hamburg unternommen, in dem Baumgruppen und Blumenbeete, Wasserläufe und Brücken so wechselvoll belebte Bilder erstehen lassen, und noch Vollkommeneres ist dann im Münchener Waldfriedhof und in verschiedenen anderen Anlagen vollbracht. Immerhin beruht die deutsche Friedhofsschönheit auf jenen wundervollen Schöpfungen, die aus dem 18. oder dem Anfang des 19. Jahrhunderts stammen. Zu diesen Kirchhöfen, die einen berechtigten Stolz deutscher Totenverehrung bilden, gehört auch der städtische Friedhof in Würzburg, dem Dr. August Memminger ein bei Gebrüder Memminger in Würzburg erschienenes inhaltsreiches Buch „Würzburger Friedhofswanderung" gewidmet hat.

Die Schönheit des Friedhofes konnte sich erst entwickeln, als er von seiner engen Verbindung mit der Kirche losgelöst wurde. Bis ins späte Mittelalter hinein schmiegte sich die Begräbnisstätte eng um das Gotteshaus herum, und da alle Frommen in diesem geheiligten Boden ganz nahe an der Kirche ruhen wollten, wurden die Gräber dicht zusammengedrängt. Der mitten in der Stadt gelegene Gottesacker wurde aber nun in das weltliche Wesen hineingezogen. Bald diente er, von Mauern und Türmen umgeben, zur Schutzwehr für das Gotteshaus und wurde Schauplatz blutiger Kämpfe; Händler und Gaukler machten sich auf ihm breit; hier wurde Gericht gehalten, und alte Chroniken klagen sogar darüber, daß die Stätten der Toten zu Jahrmärkten und übermütigen Lustbarkeiten entweiht wurden. Dies wurde erst anders, als man die Friedhöfe von der Kirche abtrennte und hinaus ins Freie legte, wo sich ihr Schmuck reicher und freier entfalten konnte. Es waren zunächst gesundheitliche Gründe, die zur Verlegung der Gräber aus der Stadt hinaus drängten. Nürnberg war die erste deutsche Stadt, die während der Pestepidemie im Jahre 1475 die Beerdigung innerhalb der Stadtmauern verbot. Wie der Nürnberger Chronist Johann Müller berichtet, verfügte damals der Stadtrat von Nürnberg, daß alle Kranken ohne Ansehen der Person aus der Stadt herausgebracht und auch außerhalb der Stadt begraben werden müßten, weil sich der Leichengeruch auf den Gottesäckern an den Kirchen immer intensiver ausbreitete und für die Gesundheit der Ueberlebenden gefährlich wurde. Ein weiter Raum wurde außerhalb der Stadt bei der Johanneskirche abgesteckt und eingeweiht, und so entstand der Johannesfriedhof, der kulturgeschichtlich und künstlerisch eine so hohe Bedeutung besitzt. Das Volk wehrte sich ursprünglich gegen diese Neuerung, und erst die berühmten Kreuzwegstationen, die Adam Krafft auf dem Weg zu dem Friedhof aufstellte, verliehen der neuen Begräbnisstätte eine Würde, die die Bürger versöhnte.

Auf ähnliche Weise ist auch der Würzburger Friedhof entstanden. Hier war es die Pestseuche von 1540, die zu den gleichen Maßnahmen wie in Nürnberg führte. Es wurde damals, weil die Ueberfüllung der alten um die Kirche gelegenen Begräbnisstätten mit Pestleichen „ganz unschicklich und unleidlich" schien, ein neuer Kirchhof zu Pleichach errichtet, der Raum für die Beerdigung der vielen Toten gewährte, und dann gab der Garten eines fast ausgestorbenen Frauenklosters, der „Neuerinnengarten", einen geeigneten Begräbnisplatz ab.

Im 18. Jahrhundert treten dann zu diesen gesundheitlichen Gründen auch ästhetische Motive, die zu einer Verschönerung der Friedhöfe führten. Die schwärmerische Versenkung in die Welt der Toten in den Tagen der Empfindsamkeit ließ dann die Friedhofsanlagen entstehen, die eine wundervolle Gartenkunst und Baumkultur um die Gräber schufen. Auch die Romantik schwelgt in solcher Kirchhofsschönheit, und so entstehen noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts jene malerischen Friedhofshaine, die heute wie stille Toteninseln noch hier und da aus dem steinernen Meer der Großstädte aufragen oder in kleineren Städten abgelegen dahinträumen.

In dieser Zeit ist auch der Würzburger Städtische Friedhof entstanden; die ersten Anlagen wurden im Jahre 1803 geschaffen. Damals gab es in Würzburg noch acht Begräbnisorte in nächster Umgebung der Kirchen. Nun wurde die Benutzung dieser Kirchhöfe verboten; es wurden drei Leichenwagen gehalten, die die Särge hinausbringen mußten, und ein ganz bestimmtes Trauerzeremoniell wurde vorgeschrieben. So sollte z. B. der Leichenwagen lediglich mit weißer Leinwand bekleidet, der Sarg ohne allen Zierrat sein. Das Setzen von Grabkreuzen wurde damals untersagt. Allmählich erwuchs so der wundervolle Friedhof, der sowohl durch seine Lage wie durch seine architektonische und gärtnerische Ausschmückung ein gutes Beispiel deutscher Friedhofsschönheit ist, und durch die große Anzahl der hier ruhenden bedeutenden Persönlichkeiten ein verehrungswürdiges geschichtliches Interesse besitzt.

Rund um Berlin.

+ **Gründung einer „Großdeutschen Arbeiterpartei".** In Berlin ist eine „Großdeutsche Arbeiterpartei" gegründet worden. Zum Vorsitzenden wurde Herr Paul Hocke, Potsdam, gewählt. Wie aus der Satzung hervorgeht, will die Partei, deren Sitz Berlin ist, eine völkische Partei sein, Mitglied kann jeder „sittlich einwandfreie Deutschstämmige" werden. Die Partei fordert den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Großdeutschland, fordert Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und Saint Germain, sowie Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes. Inner- und wirtschaftspolitisch fordert die Partei Bekämpfung der „korrumpierenden Parlamentswirtschaft", Abschaffung des Arbeitslosen-Einkommens, Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, Schaffung eines gesunden Mittelstandes, Todesstrafe gegen Wucherer und Schieber, Bildung eines Volksheeres, Schaffung einer „deutschen" Presse, Freiheit aller religiösen Bekenntnisse und Bekämpfung des jüdisch-materialistischen Geistes.

+ **Eine Notgemeinschaft der deutschen Kunst.** Bei der Festaufführung des Gerhart Hauptmannschen Films „Phantom" im Ufapalast am Zoo in Berlin zugunsten notleidenden Schriftsteller teilte ein Vertreter der Reichsregierung, die das Protektorat über diese Wohltätigkeitsveranstaltung übernommen hatte, die Gründung der „Notgemeinschaft der deutschen Kunst" mit, die in gleicher Weise organisiert ist und wirken soll, wie die vor zwei Jahren gegründete „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft".

Aus dem Reiche.

+ **Gemeinderatswahlen in Baden.** Am Sonntag haben in Baden die Gemeinderatswahlen stattgefunden. In Karlsruhe erhielt die Vereinigte sozialdemokratische Partei einen Stimmenzuwachs von 900, das Zentrum einen solchen von 800 und die Deutschnationalen einen solchen von 1500 Stimmen. Die Demokraten haben 5400 Stimmen verloren, die der Deutschen Volkspartei zugefallen sind. Die Sozialisten verfügen über 26, die Kommunisten über 5, das Zentrum über 19, die Deutsche Volkspartei über 9, die politisch und religiös Neutralen über 1, die Wirtschaftl. Vereinigung über 5, die Demokraten über 10 und die Deutschnationale Volkspartei über 9 Sitze. Aus den Resultaten der größeren badischen Städte ist folgendes hervorzuheben: In Mannheim erhielten die Deutsche Volkspartei 12, das Zentrum 13, die Sozialdemokraten 28, die Deutschnationalen 4, die Kommunisten 9, die Demokraten 8 Sitze. Die Mittelstandsvereinigung erhielt 4 und der Mittelstandsbund 1 Sitz. In Heidelberg fielen der Sozialdemokratie 21, den Kommunisten 9, den Demokraten 13, den Vereinigten bürgerlichen Gruppen 16, der Deutschen Volkspartei 12 und dem Zentrum 14 Sitze zu. In Pforzheim erhielten die Sozialdemokraten 30, die Kommunisten 6, die Mittelstandsvereinigung 13 und die vereinigten bürgerlichen Parteien 35 Sitze. In Freiburg erhielten das Zentrum 32, die Sozialdemokraten 19, die Haus- und Grundbesitzer 10, die Deutschnationalen 8, die Demokraten 6, die Deutsche Volkspartei 6 und die Kommunisten 3 Sitze. In Konstanz fielen dem Zentrum 33, den Sozialdemokraten 16, der Mittelstandsvereinigung 11, der Demokratischen Partei 10, den Kommunisten 7 und den vereinigten Rechtsparteien 7 Sitze zu.

+ **Die Vertreibung der deutschen Ansiedler aus Polen.** Gegenüber anders lautenden Nachrichten wird von amtlicher Seite festgestellt, daß seitens der Preußischen Staatsregierung keine Maßnahmen getroffen oder beabsichtigt sind, die den aus Polen vertriebenen Ansiedlern Schwierigkeiten bei der Rückkehr nach Deutschland bereiten. Die Preußische Regierung wird im Einvernehmen mit der Reichsregierung bei den schwebenden deutsch-polnischen Verhandlungen mit Nachdruck alle Wege verfolgen, die geeignet sind, eine weitere Vertreibung von Ansiedlern zu verhüten.

Kein Sonderzug für die Münchener Nationalsozialisten. Die Münchener Nationalsozialisten wollten am Sonntagabend im Sonderzug nach Regensburg fahren, der im letzten Augenblick von der Eisenbahndirektion München nicht gestellt wurde, weil die Betriebsräte der Eisenbahn Vorstellungen erhoben hatten. Eine Abordnung der Nationalsozialisten begab sich zum Ministerpräsidenten, der ihnen erklärte, daß der bayerischen Regierung kein unmittelbarer Einfluß auf die Entschließungen der Eisenbahnverwaltung zustehe. Die Abordnung erklärte, den Beschwerdeweg einschlagen zu wollen.

Eine Warnung der Reichsregierung. Der Braunschweigische Unterrichtsminister Steinbrecher hatte eine Bestrafung aller Lehrer und Schüler angeordnet, die am Bußtag dem Schulunterrichte fernbleiben würden. Jetzt hat das Reichsministerium des Innern an das Braunschweigische Ministerium ein Schreiben gerichtet, in dem es davor warnt, gegen Lehrer und Schüler vorzugehen, die in Erfüllung ihrer religiösen Pflichten der Schule ferngeblieben.

+ **Fischsterben in der Saar.** An der unteren Saar hat ein großes Fischsterben eingesetzt. Zentnerweise liegen Fische aller Art tot an den Ufern. Anscheinend hat eine Fabrik ihre giftigen Abwässer in den Fluß geleitet. Die Fischer erleiden hierdurch großen Schaden auf Jahre hinaus.

+ **Streikgefahr in der Magdeburger Metallindustrie.** Die Arbeitnehmerorganisationen Magdeburgs haben einen über den Novembertarif in der Metallindustrie gefällten Schiedsspruch in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Streik soll am Dienstagmittag 12 Uhr beginnen, falls es den von der Regierung angebotenen Vermittelungsversuchen bis dahin nicht gelingen sollte, noch in letzter Stunde eine Einigung zu erzielen und dadurch das Wirtschaftsleben Magdeburgs vor schweren Erschütterungen zu bewahren.

+ **Gewerkschaftler als Versammlungsstörer.** Eine Gautagung des Nationalverbandes der deutschen Berufsverbände, die am Sonntag in Leipzig tagte, und in der der Reichstagsabgeordnete Geisler über die Lehren des sächsischen Wahlkampfes und über die Notwendigkeit und Möglichkeit der Produktionssteigerung sprach, wurde von einem etwa 200 Mann starken Trupp Gewerkschaftler, die unter Führung des Leipziger Vorsitzenden des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Mitzlow in das Versammlungslokal eindrangen, zu sprengen versucht. Mit Hilfe der herbeigerufenen Polizei gelang es jedoch nach heftigen Auftritten, wobei der Abg. Geisler tätlich bedroht wurde, den Saal von den Eindringlingen zu räumen, worauf die Tagung ihren Fortgang nahm.

+ **Die Lage in Dresden.** Die Stadt lag am Montag noch ganz unter den Nachwirkungen der Demonstrationen und Plünderungen vom Sonnabend. Zahlreiche Geschäfte, namentlich Lebensmittelgeschäfte und Konfektionsfirmen hatten geschlossen. Das Polizeipräsidium ließ starke Patrouillen durch alle Stadtteile ziehen. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß Montag vormittag in der Nähe des Hauptbahnhofes ein Trupp Demonstranten wieder die Schaufenster eines Geschäfts einschlug. Plünderungen sind nicht mehr vorgekommen, dagegen haben die sog. „Hungerdemonstrationen" den negativen Erfolg gehabt, daß am Montag eine bedeutende Erhöhung der Preise für Backware eingetreten ist. In einer seitens der sozialistischen Regierung Sachsens veranlaßten amtlichen Darstellung über die Vorgänge wird nachgewiesen, daß die Demonstrationen und Plünderungen, zu denen man „Kräfte" von auswärts sich verschrieben hatte, durch kommunistische Hetze vorbereitet und durchgeführt worden sind.

Ein D-Zug entgleist. Bei der Einfahrt in den polnischen Bahnhof Rahmel-Tegorsch entgleiste am Sonntag der Schnellzug D 27 auf der Fahrt von Danzig nach Berlin mit vier Wagen. 25 Fahrgäste, darunter 7 Reichsdeutsche, wurden verletzt.

Eisenbahnfrevel. In der Nacht zu Montag versuchten Verbrecher das Gleis Harburg—Lüneburg zwischen Winsen und Radbruch zu zerstören, um den D-Zug Nr. 76 von Hamburg nach Hannover zum Entgleisen zu bringen. Glücklicherweise bemerkte das Zugpersonal im letzten Augenblick die Zerstörung. Der Zug fuhr in dem Augenblicke mit 90 Kilometer Geschwindigkeit. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Volkswirtschaftliches.

+ **Der Präsident des Reichswirtschaftsrates über die wirtschaftliche Lage.** Auf einem in Nürnberg abgehaltenen außerordentlichen Parteitage der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationalen Partei Bayerns), auf dem der Parteiführer Dr. Hilpert und der Justizminister Dr. Gürtner die Forderungen ihrer Partei gegen die Politisierung der Rechtspflege und für die Schaffung eines über den Parteien stehenden Staatspräsidenten vertraten, sprach auch der Präsident des Reichswirtschaftsrat Edler von Braun über die wirtschaftliche Lage. Er erklärte: Die deutsche Wirtschaft wird der Regierung die Gefolgschaft versagen, wenn sie so wie bisher weiter arbeitet. Sie dürfe sich nicht mehr gefallen lassen, daß man mit ihr Experimente macht. Die erste Bedingung zur Wiedergesundung unserer Wirtschaft sei die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, die eine Kreditfrage sei, da die Landwirtschaft ebenso wie die Industrie unter der Kreditnot leide. Der Reichstag müsse den Mut haben, das Erbe Erzbergers, das unsere Wirtschaft ruiniert, aus der Welt zu schaffen. Zu fordern sei eine Politik des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, nicht aber der Ertötung der Privatwirtschaft.

Aus aller Welt.

+ **Bergarbeiterstreik in Nordwestböhmen.** Da die Verhandlungen im Prager Arbeitsministerium ergebnislos verlaufen sind und infolgedessen im nordwestlichen böhmischen Braunkohlenrevier ein vertragsloser Zustand eingetreten ist, befürchtet man den Ausbruch des allgemeinen Streiks. Auf den Gruben des Brix-Dux-Komotauer Reviers wird bereits bis auf zwei Schächte gefeiert. 34 000 Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Die Vertreter der Belegschaften erklärten, der Streik würde, wenn nicht innerhalb 10 Tagen eine Einigung erzielt sei, auf sämtliche Reviere der Republik ausgedehnt werden. Die Unternehmer erklären ihrerseits, sie seien außerstande, weitere Zugeständnisse zu machen.

Fliegerunglück. Nach einer Meldung aus Christiania stürzte auf dem Flugplatz Kjeller ein Flugzeug aus 500 Meter Höhe ab. Der Führer, Leutnant Wissel, ist tot und der Passagier, Leutnant Rolf Jörgensen, schwer verletzt. Die Maschine ist zertrümmert.

+ **Der Kampf gegen die Devisenspekulation in Frankreich.** Wie die Pariser Zeitungen erfahren, beschäftigt sich die Staatsanwaltschaft des Seine-Departements mit der Frage der Devisenspekulation, da man diese für den zeitweilig besonders scharfen Rückgang des Franken verantwortlich macht. Es wird beabsichtigt, gegen gewisse Vertreter der Baissespekulation im Bank- und Börsenkurse vorzugehen auf Grund des § 419 des Str.G.B. und auf Grund des Gesetzes vom 3. 4. 1918 über die Kapitalausfuhr, wonach jede Operation mit ausländischen Werten in einem Betrage von mehr als 1000 Franken ohne besondere Ermächtigung der Devisenkommission untersagt ist. Der Kommissar der Pariser Börse wurde beauftragt, die nötigen Unterlagen für eine Untersuchung zu beschaffen.

+ **Bonar Law weigert sich, englische Arbeitslose zu empfangen.** Zwischen 20 000 bis 25 000 Arbeitslose bewegten sich dieser Tage nach dem Hyde Park, wo sie Arbeit oder Unterhalt forderten. Sie sandten eine Abordnung nach Downing Street, um beim Premierminister den Empfang einer Deputation zu erbitten. Bonar Law weigerte sich indes, die Abordnung zu empfangen, und übertrug dem Wohlfahrtsminister, die Wünsche der Arbeitslosen entgegenzunehmen. Der Vorsitzende der englischen nationalen Bewegung der Arbeitslosen hat daraufhin an Bonar Law ein Schreiben gerichtet, in dem er die Weigerung des Premierministers zurückweist und den Vorschlag, daß diese sich an den Minister für Arbeit wenden mögen, als unannehmbar bezeichnet. Die Arbeitslosen verlangen von der Regierung, daß man ihnen entweder Arbeit verschafft, oder für ihre Bedürfnisse vollkommen aufkommt. Die Abordnung wird, wie das Schreiben sagt, am 22. November beim Premierminister vorsprechen, und sie erwartet, daß man sie empfangen wird.

Vermischtes.

Das saubere Berlin. In der letzten Zeit hat die Berliner Bevölkerung alle Ursache, sich über die schmutzigen Straßen zu beklagen, denn auch bei der Straßenreinigung soll gespart werden. Berlin ist immer eine saubere Stadt gewesen, und man lief stets, wenn der Eifer in der Reinhaltung nachließ, selber heftig Sturm gegen Polizei und Magistrat. Aus dem Jahre 1803 stammt folgendes, damals veröffentlichte Gedicht, das man auch auf die heutigen Zustände anwenden könnte:

„Ich armes Häuflein Dreck
Lieg' hier, wie mir befohlen,
Bis Montag, wie auf Kohlen,
Und niemand holt mich weg!

O, Mutter Polizei!
Sei flehentlich gebeten:
Laß mich nicht ganz zertreten,
Ich fließe schon, wie Brei.

Jetzt bin ich noch ein Hauf';
Soll ich auf deinen Karren
Hier noch acht Tage Larren,
Löst sich mein Wesen auf . . .

NÄHRWOHL ges. gesch. ist der beste Kindernährzwieback, dem Kleinsten in die Flasche zu geben.
LEO DENNIGER
Wilhelmstraße 24 - Fernruf 478
Lager und Vertretung für Schwerte und Umgebung: Dampfbäckerei-Conditorei-Café